**Bezugsgebühr:**
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Teilausgaben abends und morgens zugestellt.
Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

**Anzeigen-Tarif.**
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

**Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15** empfiehlt in grösster Auswahl: **Eiserne Oefen** und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Täglich frisch gepresste **Kräutersäfte** zu Frühjahrskuren. Prospekte gratis. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Grösstes Lager! **Garten-Schläuche** Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt. Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt. Gummi-Fabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26 Telephon 189.

**L. Weidig, Waisenhausstr. 34.** Neuheiten Pariser, sowie eigner Modellhüte vornehmen Stils, in anerkannt mustergültiger Ausführung. Regelmässige persönliche Einkäufe und Modestudien in PARIS.

**Fabrik feiner Lederwaren.** Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 26 Prager Strasse 26.

**Nr. 127.** Spiegel: Freisinn und Sozialdemokratie. Königsbesuch in Freiberg. Grundsteinlegung für die Christuskirche. Gerichtsverhandlungen. Ludwig Richter-Ausstellung. Lotterieliste. | Mutmaßliche Witterung: Ein wenig kühler, wolkig. | **Freitag, 8. Mai 1903.**

## Freisinn, Sozialdemokratie und liberale Mehrheit.

Im Angesichte der Bewegung für die Reichstagswahlen — manche Blätter machen sich den Scherz, Bewegung in Gänsefüßchen zu setzen, um damit anzudeuten, daß von einer solchen bis jetzt eigentlich überhaupt nichts zu spüren ist — sind die Beziehungen zwischen dem Freisinn und der Sozialdemokratie auf der einen und zwischen den beiden verschiedenen Richtungen innerhalb des Freisinns auf der andern Seite von allgemeinem Interesse. Die Sozialdemokratie betrachtet den Freisinn nicht als wirklich ernst zu nehmende politische Partei mit eigener Daseinsberechtigung und Daseinsmöglichkeit, sondern nur als eine „Vorfrucht" der Entwicklung im sozialistischen Sinne, und steht deshalb immer auf dem Sprunge, da zu ernten, wo der Freisinn gesäet hat. Die Partei des Umsturzes läßt sich die freisinnige Mitwirkung zu sozialistischen Zwecken wohl herablassend gefallen, regaliert aber im übrigen die freisinnigen „Verbündeten" fortgesetzt mit Fußtritten und behandelt sie von jeher, wie man mit einem volkstümlichen Ausdrucke zu sagen pflegt, „unter aller Kanone". Neuerdings wird indessen auch von sozialdemokratischer Seite nicht mehr der ganze Freisinn unbesehen in einen Topf geworfen, sondern der tatsächlich bestehende Gegensatz der beiden Richtungen im Freisinn kommt auch in der sozialdemokratischen Parteipolitik gegenüber den Anhängern des freisinnigen Bekenntnisses zum Ausdruck. Die Sozialdemokraten können sich ebenfalls dem Einflusse der Persönlichkeit des Führers der freisinnigen Volkspartei, des Abgeordneten Richter, von dem der eine Teil der freisinnigen Partei den Namen des „männlichen" Freisinns erhalten hat, nicht entziehen, sind vielmehr wider Willen gezwungen, die charaktervollen Eigenschaften und die große Intelligenz Richters anzuerkennen, der sie auf Schritt und Tritt seine zielbewußte, mit scharfer Satire gewürzte Gegnerschaft gegen die sozialistischen Zukunftsstaats-Phantasien und all das „Gegacker über ungelegte Eier" spüren läßt. Daß man auch auf der rechten Seite zu dem Ernste des Richterschen Kampfes gegen die sozialistischen Bestrebungen Vertrauen hat, beweist der Beschluß des Vorstandes der konservativen Partei, in denjenigen Kreisen, in denen bei den Reichstagswahlen die Entscheidung zwischen einem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei gegen einen Sozialdemokraten, Nationalsozialen oder Wadelstrümpfler zu treffen ist, von konservativer Seite stets für das kandidierende Mitglied der Richterschen Partei einzutreten. Durch das freimütige Auftreten Herrn Richters gegen den sozialdemokratischen Terrorismus gelegentlich der zollpolitischen Obstruktion hat die Sozialdemokratie klar erkannt, daß sie jedenfalls so lange, als der jetzige Führer der freisinnigen Volkspartei das Szepter führt, von dieser Seite her auf keine Schonung mehr zu rechnen hat, und aus Zorn darüber ergehen sich die „Genossen" in wüsten Beschimpfungen sowohl der Person des Abgeordneten Richter wie seiner Partei. So hat beispielsweise der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kunert jüngst in einem Wahlvortrage geäußert, die freisinnige Volkspartei sei eine „schandbare Gesellschaft"; eine „frechere Bande" gebe es nicht. Ein anderer sozialdemokratischer Führer hat sich gleichzeitig mit dem Freisinn weiblicher Linie, der von dem verstorbenen Abgeordneten Rickert stammt und jetzt von Dr. Theodor Barth und seiner „Nation" geführt wird, beschäftigt und erklärt: „Wir werden mit den Freisinnigen spielen, wie die Katze mit der Maus." Auf eine ähnliche Tonart waren auch die Ausführungen gestimmt, in denen der letzte sozialdemokratische Preußentag in Berlin das Verhältnis der Sozialdemokratie zu der freisinnigen Partei erörterte. Man erklärte dort unverblümt, die Freisinnigen lebten überhaupt nur noch von sozialdemokratischen Gnaden und es sei eine Ueberhebung, wenn sie jezuweilen Anspruch auf eigene Kandidaten zu machen wagten. „Es sind unsere Jagdgründe, in denen die Freisinnigen jagen!" Mit diesem klassischen Ausspruche bezeichnete einer der Redner den Kern des freisinnig-sozialdemokratischen Verhältnisses und aus einer solchen Auffassung heraus erklärt sich zur Genüge die herrische, wegwerfende Behandlung, welche die Sozialdemokratie dem freisinnigen Bürgertum bieten zu dürfen glaubt.

Seit der weibliche oder wadelstrümpflerische Freisinn sich bei Gelegenheit der zollpolitischen Kämpfe mit Haut und Haar der Sozialdemokratie verschrieben hat, ist auch das bisher schon unerquickliche Verhältnis dieser Richtung zu dem männlichen Freisinn ganz in offene Feindschaft ausgeartet. Das Zusammengehen bei den Wahlen mit der Sozialdemokratie wurde im Zollstreite von der freisinnigen Vereinigung offen proklamiert, und sogar der greise Gelehrte Mommsen vergaß sich soweit, eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne zu erlassen. Dieselbe Stimmung und Neigung beherrscht auch heute noch in ausgesprochenem Maße die freisinnig-weiblichen Kreise und ihre Presse, von der nur ein einziges Blatt, die Bremer „Weserzeitung", den Mut findet, auf die „im Lande überall scharf entgegengesetzte" Meinung der staatserhaltenden Elemente hinzuweisen; namentlich die breiten Massen des Handwerkerstandes und des Klein- und Großhandels, so erklärt das genannte Blatt in richtiger realpolitischer Erkenntnis, würden dabei nicht mittun; ebenso wenig die Beamten und zahllosen Mitglieder der freien Berufe. Von diesem vereinzelten Blitze der Erleuchtung abgesehen, stößt der ganze weibliche Freisinn auch jetzt noch mit aller Kraft in das sozialdemokratische Horn und sucht sowohl mit sozialdemokratischer Unterstützung als auch mit Hilfe des gesinnungsverwandten Nationalsozialismus die bittergehaßten freisinnigen Volksparteiler möglichst von der Bildfläche zu verdrängen. Daneben hat der weibliche Freisinn seine Fühlhörner auch nach Süddeutschland ausgestreckt und sich von dem jüngst in Bruchsal abgehaltenen Parteitage der demokratischen deutschen Volkspartei die politische Unzulänglichkeit des männlichen Freisinns feierlichst bestätigen lassen. Darnach betreibt die freisinnige Volkspartei unter der Führung Eugen Richters in erster Linie „Sozialistenfresserei", ist außerdem im Punkte ultramontaner Sympathie ein unsicherer Kantonist und darf nicht einmal im Kampfe gegen das „Junkertum" auf Zuverlässigkeit Anspruch machen; ein Junker vom Kröcherschen Schlage stehe bei freisinnig-volksparteilichen Parlamentariern höher im Kurse als ein Barth. Herr Richter ist bis jetzt allen derartigen Liebenswürdigkeiten gegenüber kühl und ruhig geblieben und hat sich nur veranlaßt gefunden, den Urhebern der Hetzereien den ernstlichen Rat zu geben, sich fortan zu mäßigen, mit dem verständlichen Hinweise, daß es der freisinnigen Volkspartei ohnehin schon schwer genug falle, ihre Anhänger zu bewegen, für die Kandidaten der freisinnigen Vereinigung in den Wahlkreisen, wo dies nach Lage der Sache zu geschehen habe, mit der erforderlichen Energie einzutreten.

Die weiblich-freisinnige Partei, die als politische „Größe" — man verzeihe das harte Wort! — unter dem Namen der freisinnigen Vereinigung geht, hat neuerdings ihr Sensationsbedürfnis dadurch zu befriedigen gesucht, daß eins ihrer Mitglieder, der Reichstagsabgeordnete Mommsen — selbstverständlich nicht zu verwechseln mit dem Professor Mommsen — zu Danzig in einer Wahlrede versicherte, „höhere Herren" der Regierung hätten ihm erklärt, „sie würden sich freuen, wenn sie sich mal wieder auf eine feste liberale Mehrheit stützen könnten". Die Namen der angeblichen „höheren Herren" hat der Abgeordnete Mommsen allerdings nicht genannt, ja nicht einmal angedeutet, und damit fehlt seiner Auslassung gerade der interessanteste Teil. Bezeichnend für die Weite des politischen Horizonts der weiblich-freisinnigen Gesellschaft ist in jedem Falle die Art, wie Herr Mommsen sich die Ausführung des Planes einer liberalen Mehrheitsbildung denkt, indem er der Regierung empfiehlt, diese zur Wahlparole zu machen und durch diesen Keil zugleich den festen Turm des Zentrums auseinander zu treiben. Das Kölnische ultramontane Organ zerpflückt im Anschlusse an jene Bemerkung den liberalen Mehrheitsgedanken mit grausamem Spotte und meint, ehe der Zentrumsturm nicht demoliert sei, und damit habe es noch gute Weile, werde der Liberalismus nicht Viktoria schießen können. Davon abgesehen, erscheint die Idee einer liberalen Mehrheit in solcher Zusammensetzung unter allen Umständen vom Standpunkte einer gesunden nationalen Politik aus als eine Utopie. Was uns not tut, ist weder eine konservative noch eine liberale Mehrheit für sich allein, sondern eine nationale konservativ-liberale Mehrheit, in der echt konservative Grundsätze die politische Basis bilden und die führenden Elemente des alten guten gemäßigten Liberalismus die ihnen gebührende einflußreiche Rolle spielen. Daß mit Hilfe einer solchen Mehrheit nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern auch der Ultramontanismus im Reiche beide früher oder später in ihre von den nationalen Interessen gebotenen engeren Grenzen zurückgedrängt werden, ist gewiß „ein Ziel, aufs Innigste zu wünschen". Eine liberale Mehrheit aber, in der die Wortführer und Leiter der freisinnigen Vereinigung maßgeblichen Einfluß haben, ist im Staate Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck ein so lächerliches Gebilde, daß man sich der Frage nicht erwehren kann, ob denn die Herren Barth, Mommsen und Genossen derartige Redereien wirklich ernst nehmen, oder ob sie vielleicht doch Einsicht genug besitzen, um daheim im stillen Kämmerlein sich selbst über diejenigen lustig zu machen, die an den Schnickschnack der weiblich-freisinnigen Wahlpropheten glauben.

## Neueste Drahtmeldungen vom 7. Mai.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

**Berlin.** In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden die Resolutionen des Reichstags zu den Gesetzentwürfen betr. die Feststellung des Reichshaushaltsetats und des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1903 teils dem Reichskanzler, teils den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Die „Loreley" ist am 6. Mai in Saloniki eingetroffen.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Aus Breslau wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Der Rücktritt des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen vom Kommando des 6. Armeekorps soll mit der Wiederbesetzung der Stelle des General-Inspekteurs der 2. Armee-Inspektion, zu der das 5., 6. und 12. Armeekorps gehören, zusammenhängen. Diese Stellung ist seit dem Regierungsantritt des Königs Georg von Sachsen frei. Damals hieß es, der Erbprinz werde zum General-Inspekteur ernannt werden. Die Abreise des Erbprinzen und der Erbprinzessin nach Meiningen erfolgt morgen vormittag. — Das erste Geschwader, Chef Prinz Heinrich, hat heute durch den Kaiser Wilhelm-Kanal seine Uebungsreise nach dem Atlantischen Ozean angetreten. Acht Linienschiffe und acht Aufklärungskreuzer liefen in den Nordostseekanal ein. Die Einschleusung durch die Nord- und Südschleuse wurde in vier Stunden vollendet. Das Geschwader wird auf seiner Uebungsfahrt auch in der Nähe von Cherbourg manövrieren. — Kriegsminister v. Goßler hatte vor der Abreise des Kaisers nach Rom diesem den Wunsch zu erkennen gegeben, von seinem Amte zurückzutreten und um seine Verabschiedung aus dem aktiven Heeresdienste zu bitten, worauf ihm vom Kaiser in gnädigster Weise ein dreimonatlicher Urlaub bewilligt wurde. Die Neubesetzung der Stelle wird sich jedenfalls bis zum Monat August, wenn nicht bis zum Kaisermanöver, hinausziehen, worüber sich zur Zeit nähere Angaben nicht machen lassen. — An Stelle des Generals der Infanterie Stötzer, der als Nachfolger des Grafen Häseler bestimmt ist, ist der bisherige Kommandeur der 17. Division, Freiherr v. Egloffstein, für den Metzer Gouverneurposten in Aussicht genommen. — Der Prinzregent von Bayern hat am 29. April seinen Beitritt zum kolonialwirtschaftlichen Komitee bezw. zum wirtschaftlichen Ausschusse der deutschen Kolonial-Gesellschaft erklärt und durch Bewilligung einer namhaften Summe seinem Interesse für die Arbeiten des Komitees in den Kolonien Ausdruck verliehen. Auch der Großherzog von Sachsen-Weimar ist in der letzten Zeit dem kolonialwirtschaftlichen Komitee beigetreten.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle des Prinzen Prosper von Arenberg stützt sich auf angebliche Geistesstörung des Prinzen, dem bei der Tat die freie Willensbestimmung gefehlt habe. Das Amtsgericht in Hannover hat vor kurzer Zeit den Prinzen wegen Geistesstörung entmündigt, und es ist wahrscheinlich, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgt, und daß der Prinz aus dem Gefängnis in eine Irrenanstalt überführt wird. Der „Köln. Ztg." zufolge ist Prinz Arenberg nicht unbedenklich erkrankt. Die Krankheit sei geeignet, auf die Strafvollstreckung Einfluß auszuüben. Dieserhalb schwebten ärztliche Untersuchungen. — Die Industrialisierungsversuche in der Provinz Posen sind nach der „Voss. Ztg." mißlungen. Die von den nordischen Stahlwerken betriebene Gründung einer Waggonfabrik ist völlig gescheitert und andere große Unternehmungen können nicht leben und nicht sterben. Das Kleingewerbe ist im beständigen Rückschritt begriffen; die kleinen Fabrikanten haben immer mühsamer den Kampf ums Dasein zu kämpfen, fast alle größeren Aufträge gehen nach Berlin, Breslau und Stettin. — Amtliche Ermittlungen über den Umfang des Schadens, den der Schneesturm am 18. und 19. April anrichtete, werden gegenwärtig auf Veranlassung der Regierung angestellt.

**Berlin.** (Priv.-Tel.) Der erste deutsche Cafetierkongreß hat sich mit dem Vorgehen der Gastwirte Deutschlands gegen die aus den Anträgen Douglas hervorgegangene Resolution des preußischen Abgeordnetenhauses und die darin vorgeschlagenen Maßregeln identifiziert und beschlossen, entrüstet die Vorwürfe zurückzuweisen, daß der Stand der Gastwirte ein Interesse am Mißbrauche geistiger Getränke habe und sogar Förderer der Trunksucht sei. Nicht durch äußerliche polizeiliche Maßregeln, sondern durch erziehliche soziale Förderung der Volkswohlfahrtsinteressen könne in ethischer Beziehung dem allgemeinen Wohle gedient werden.

**Leipzig.** (Priv.-Tel.) An Stelle des verstorbenen Professors Wislicenus wurde als Ordinarius der Chemie Dr. Hantzsch aus Würzburg berufen; er tritt sein neues Amt mit dem Beginn des Wintersemesters an.

**Eisenach.** (Priv.-Tel.) Die deutsch-evangelische Kirchen-Konferenz hält am 11. Juni eine außerordentliche Tagung hier ab. Auf der Tagesordnung steht der Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen.

**Marburg.** (Priv.-Tel.) Die Polizei verbot die Rezitation von Heyses „Maria von Magdala" durch drei Mitglieder des Frankfurter Schauspielensembles.

**Köln.** Einem Konstantinopler Telegramm der „Köln. Ztg." zufolge wird die Mitteilung Bulgariens an die Pforte, daß, falls die Pforte den Wortlaut der letzten, einem Ultimatum ähnelnden Note nicht zurückziehe, Bulgarien ebenso schroff antworten werde, eine Aenderung der türkischen Note nicht herbeiführen. Demnach steht eine Verschärfung des Zwistes zu erwarten. Dennoch halten unterrichtete Kreise den Ausbruch offener Feindseligkeiten für unwahrscheinlich, da hierzu der Sultan schwer zu bestimmen sein würde, wenn nicht einstimmige Bürgschaften von den Mächten geleistet würden, wofür keine Anzeichen vorhanden seien. Die militärischen Maßnahmen würden jedoch auf breiter Grundlage fortgesetzt.

**Schweidnitz.** (Priv.-Tel.) Der vor einigen Tagen an dem Bögendorfer Pulvermagazin erschossene Mann, der auf den Zuruf des Militärpostens nicht stehen blieb, wurde als der 35jährige geistesschwache Arbeiter Scholz aus Hohengiersdorf erkannt, der oft in den Nachbarorten umherirrte.

**Budapest.** Die Witwe des preußischen Rittmeisters Gustav Tempelhoff, die hier in den dürftigsten Verhältnissen lebte, wurde gestern in ihrer Wohnung, nur mit den notwendigsten Kleidungsstücken bedeckt, tot aufgefunden. Neben der bereits verwesten Leiche saß geistesabwesend und bloß mit einem Leinentuch bekleidet, die Tochter der Verstorbenen. Der Fall ist noch nicht aufgeklärt; man spricht von Hungertod.

**Paris.** Die Kapuziner, die sich heute vor dem Zuchtpolizeigericht wegen Uebertretung der Kongregationsgesetze zu verantworten hatten, wurden bis auf einen in Abessinien ansässigen Missionar zu je 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Richterspruch wurde mit Hochrufen auf die Republik und andererseits mit Hochrufen auf die Freiheit und die Kapuziner aufgenommen. Aus der Mitte der am Eingange des Gerichtsgebäudes ziemlich zahlreich versammelten Menge erhoben sich einige Stimmen zu Gunsten der Kapuziner, die in ihre Klöster zurückkehrten.

**Paris.** Heute hatten 17 Kapuziner sich wegen Uebertretung des Gesetzes gegen die Kongregationen vor dem Zuchtpolizeigericht zu verantworten. Die Erschienenen begleiteten mehrere Freunde vor Gericht und wurden, als sie in das Gerichtsgebäude eintraten, von einer Anzahl Frauen mit Zurufen begrüßt. Sonstige Zwischenfälle sind nicht vorgekommen, doch sind umfassende Maßregeln getroffen, um etwaige Kundgebungen zu verhindern.

**Rom.** Der Papst empfing heute den Pater St. Baptiste, welcher vom Erzbischof von Baltimore, Kardinal Gibbons beauftragt worden ist, dem Papste aus Anlaß seines Pontifikats-Jubiläums die Glückwünsche des Präsidenten Roosevelt zu übermitteln und eine aus 10 Bänden bestehende Sammlung der Botschaften und offiziellen Schreiben der Präsidenten der Vereinigten

Frische und sterilisirte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung). Milchkur-Anstalt „Sanitas" Hoflieferant Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Sachsen. Max Winkler, Zwickauerstr. 78